

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 92 Donnerstag den 21. April 1932 90. Jahrgang

Die Genfer Besprechungen Dr. Brüning's

Genf, 20. April. Die Besprechungen, die der deutsche Reichszankler Dr. Brüning dieser Tage in Genf geführt hat, haben sich auf alle imwiderstehlichen Fragen, also auf das Abrüstungs-, Reparations- und das Donau-Problem bezogen. Was die Reparationsfrage betrifft, so waren vor allem die Gespräche mit den Vertretern Englands und Italiens außerordentlich wertvoll. Sie führten zu einem weitgehenden Verständigungsaustausch über die vorliegenden Fragen. Beispielsweise im Hinblick auf Einzelheiten noch nicht zu erfahren sind, so kann doch schon jetzt als Ergebnis dieser Besprechungen festgehalten werden, daß nach Auffassung aller beteiligten Staatsmänner nicht nur die Frage der Reparationen einer schnellen Lösung entgegengeführt werden muß, sondern auch die wirtschaftlichen Probleme energisch angefaßt werden sollen.

In der Abrüstungsfrage macht sich der Umstand geltend, daß die französischen Vorschläge bis dahin allgemein keine Reizung besaßen, die Dinge in ein entscheidendes Stadium vorzutreiben. Für Deutschland als Abrüstungsgläubiger ist es wichtig, daß nicht der Eindruck entsteht, als ob gewisse Forderungen nur von Deutschland erhoben werden, sondern daß diese Forderungen auch von den anderen abrüstungsfreundlichen Mächten vertreten werden. Es kann festgestellt werden, daß durchweg der Wille besteht, von den allgemeinen Definitionen des Abrüstungsproblems zu den konkreten Fragen vorzuschreiten. Diese Fragen sind bereits in den privaten Besprechungen der Staatsmänner Gegenstand nützlicher Überlegungen gewesen.

Durch die sachliche und ruhige Taktik der deutschen Delegation ist auf der Konferenz bisher das erreicht worden, was mit Rücksicht auf den lähmenden Einfluß der französischen Vorschläge ohne sachliche Zurückweisung für eine tatsächliche Abrüstung erreicht werden konnte.

Die vom Reichszankler geführten Besprechungen über die Donaufragen haben, wie verlautet, sehr zur Klärung beigetragen. Es hat sich erwiesen, daß der Eindruck der Ausführungen des deutschen Vertreters auf der Londoner Viermächtekonferenz sehr nachhaltig war und daß nunmehr erstfaßbar nach wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Besserung der Lage im Donaugebiet gesucht wird. Es hat sich erneut gezeigt,

daß im Sinne der Londoner Ausführungen des Staatssekretärs von Bülow bei den Lösungen, die man anstrebt, die realen Tatsachen der Wirtschaft nicht übergangen werden können.

Der Reichszankler wird am Sonntag seiner Wahlpflicht genügen und sich nach dem Genf zurückbegeben. Die lange sich sein Aufenthalt in Genf dann noch ausdehnen wird, hängt naturgemäß nicht nur von den diesigen Ereignissen, sondern auch davon ab, ob und wann sich für ihn die Notwendigkeit zur Teilnahme an den Sitzungen des Reichskabinetts ergibt.

Lardieu reist mit Macdonald nach Genf

Paris, 20. April. Nach einer Unterredung mit Macdonald erklärte Ministerpräsident Lardieu: Macdonald hat während seines kurzen Pariser Aufenthalts eine freundschaftliche Aussprache mit mir gewünscht, worüber ich mich freuen würde. Wir haben über die beiden interessierenden Fragen und besonders die gegenwärtig auf der Genfer Konferenz erörterten gesprochen. Ich habe beschlossen, heute abend gleichzeitig mit ihm nach Genf abzureisen. Wir werden im Laufe des morgigen Tages. Ich weiß noch nicht, ob ich übermorgen oder erst in zwei Tagen in Paris zurück sein werde.

In einer Davosmeldung aus Genf wird für morgen die Intervention Paul Boncour oder Lardieu in der Abrüstungsdebatte angekündigt. Der Gedanke, gewisse Waffen zu verbieten, heißt es in der Meldung, sei gewiß für die nicht-unterrichteten Massen verführerisch. Aber er löse nichts, oder fast nichts, wie die Franzosen und ihre Freunde beweisen würden. Deshalb habe Frankreich vorgeschlagen, diese Waffen zu internationalisieren. Frankreich sei durchaus nicht gegen den Grundgedanken der qualitativen Abrüstungseinschränkung oder Verabstimmung, wie seine Vorschläge beweisen. Nur sei die Frage, wie dieser Grundgedanke angewendet werden möge und hier komme für die französische Delegation die Sicherheit zur Geltung. Deshalb sei Macdonalds und Lardieu's Anwesen in Genf so opportun wie nur irgend möglich.

Die Siedlung im Osten

Berlin, 20. April. Amtlich wird mitgeteilt: Am 19. April 1932 fand unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers eine Besprechung sämtlicher an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligten Reichsminister statt.

Die Abwicklung der Osthilfe mit ihrem großen Landanfall und gleichzeitig die Förderung breiter Kreise nach ländlicher Ausdehnung verlange eine positive Lösung. Die Reichsregierung sieht in einem großzügigen Siedlungswerk im Osten eine schöpferische Tat des Wiederaufbaues, und die notwendigen, aber nur negativen Abwehrmaßnahmen zum Schutze von Staat und Wirtschaft. So kann auch der gegenwärtige existenzielle Druck erzwungener Untätigkeit und seelischer Anspannung von unserem Volke genommen werden.

Zwei Millionen Morgen Land, das trotz aller Hilfsmaßnahmen den bisherigen Besitzern nicht erhalten werden kann, soll schrittweise neuer Siedler im deutschen Osten fest verankern. Die Ost- und Landarbeiter, wie die Bauernsöhne des Ostens, in der alten Heimat neu verwurzelt und mit neuem Blut aus dem Lebensfluß der Landwirtschaft des Westens belebt, bilden einen festen Ball zur Erhaltung deutschen Lebens und deutscher Kultur im deutschen Osten. Für Tausende wird die hoffnungslose Existenzlosigkeit behoben, Handel und Gewerbe im Osten können neu aufleben.

Trotz aller Räte der Wirtschaft und Schwierigkeiten der Finanzen des Reiches ist die Reichsregierung entschlossen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Diese neue Siedlung wird aber im Gegensatz zu den Siedlungen einer wirtschaftlich abhängigen Vergangenheit so einfach errichtet werden müssen, daß sie dem Siedler auch unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein dauerndes Fortkommen bietet. Darum muß aber auch der neue Siedler auf alle übersteigerten Ansprüche verzichten. Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuden aus billigen, bodenständigen Material, wo immer möglich aus Holz, kann ihm für den Anfang bereitgestellt werden. In umfassender Weise muß der Siedler selbst am Aufbau mitwirken. Der freiwillige Arbeitsdienst muß weitgehende Hilfe leisten. Neue Siedlungsformen müssen ohne bürokratische Demütigungen und überflüssigen Ehematismus für dieses Werk gefunden werden. Die Bereitschaft weiterer Kreise zur Mitarbeit in allerlei Formen von Gemeinschaften und Bündnissen muß voll angereizt werden. Eine außergewöhnliche Zeit verlangt außergewöhnliche Maßnahmen.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung dieses Werkes sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden.

Neue Falschmeldungen über eine angebliche Gehaltshürzung

Berlin, 20. April. Amtlich wird mitgeteilt, daß alle Behauptungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Straßer über die Absicht der Reichsregierung, betreffend weitere Gehaltshürzungen, insbesondere die Behauptung, daß eine weitere Kürzung der Beamtengehälter bereits zum 1. Mai 1932 beschlossen sei und daß die entsprechenden Verordnungen

und Erlasse zur Unterschrift fertig im Schreibtisch des Reichsfinanzministers lägen, von Anfang bis zum Ende falsch sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sowohl der Herr Reichszankler als auch der Herr Reichsminister der Finanzen wiederholt erklärt haben, daß eine weitere Kürzung der Besoldungsbekanntnisse nicht beabsichtigt sei. Es handelt sich also um eine reine Wablüge.

Die Bergsturzkatastrophe bei Cochem

Cochem, 20. April. Wie zu der Bergsturzkatastrophe bei Cochem weiter bekannt wird, war der Berg bereits in den letzten Tagen überaus unruhig. Ständig führten Heineere und profunde Felsmassen zu Tal. Im Laufe des Dienstag stellten Beobachtungsposten fest, daß sich die Spalten im Berg rücken um etwa einen halben Meter verbreitert hatten. Gegen 18 Uhr ereignete sich weitere größere Abhänge, wobei die ersten Felsmassen die Straße erreichten. Beim Eintritt der Dunkelheit ließ die Stadtverwaltung die Gefahrenstelle mit einem Scheinwerfer beleuchten. Am Bergabhang zeigte sich eine immer regere Tätigkeit der Felsmassen, die sich besonders an den beiden Seiten des Bergmassivs abspielte. Kurz vor 21 Uhr lösten sich dann am Rufe des Felsens ungeheure Felsmassen und der Berg setzte sich in Bewegung. Unter donnerartigem Getöse führten die Felsmassen ins Tal. Dabei stürzten Massen aus dem Chaos, die durch die Zerschörung der Stromleitungen verursacht worden waren. Gleichzeitig erlosch der Scheinwerfer, der an die Stromleitung angeschlossen war. Als die Lichtleitung nach kurzer Zeit wieder hergestellt war, waren nur noch ungeheure Geröllmassen zu sehen, über denen bis weit ins Tal hinein Staunmassen lagerten. Die Provinzialstraße ist über und über von Felsmassen bedeckt. Dauernd lösen sich noch Felsmassen ab und stürzen über die Geröllhalde in die hoch aufragende Mosel.

Der Berg ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Es scheint sich mit unheimlicher Sicherheit ein weiterer Abbruch vorzubereiten.

Da die abgestürzten Erdmassen die Straßen versperrten, wird der gesamte Verkehr über die Cochemer Brücke auf das jenseitige Moselufer umgeleitet. Die Räumungsarbeiten konnten noch nicht in Angriff genommen werden, da seit dem frühen Morgen Erd- und Felsmassen zu Tal rollen. Die Höhe des abgestürzten Bergteiles beträgt 115 Meter, die Länge 200 Meter, die Tiefe der Grundfläche 180 Meter.

Gerade heute hätte eine Kommission an Ort und Stelle prüfen sollen, ob sich eine Sprengung des Cochemer Berges empfehlen, um weiteres Unheil zu verhindern. Der Berg hat die Frage selbst entschieden.

London, 20. April. Professor Albert Einstein beabsichtigt nach englischen Blättermeldungen, für immer Deutschland zu verlassen und nach den Vereinigten Staaten überzusiedeln. Es heißt, daß er eine Professur an der Universität von Südkalifornien annehmen will. Abgesehen davon, daß ihm bei der Annahme der amerikanischen Professur größere Mittel für seine Forschung zur Verfügung stehen, beabsichtigt Einstein durch die Ueberriedlung nach Amerika den andauernden Anfeindungen durch die Nationalsozialisten in Deutschland zu entgehen.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über deren Raum 20 Pf., Restanzeigen 30 Pf. Restanzeigen 100 Pf. Zuschlag. Offerte und Bestätigung 20 Pf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachvertrages bisfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Versteher für beide Teile in Neuenbürg. Für teure Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Amerika droht mit Handelskrieg

Washington, 20. April. Das Staats- und Handelsdepartement bereiten Noten an europäische und lateinamerikanische Regierungen vor, in denen Vergeltungsmaßnahmen gegen Ausnahmestillbehandlungen amerikanischer Waren angedroht werden. Zunächst sollen solche Noten an Frankreich und Spanien und später an Deutschland, Österreich und besonders Argentinien gesandt werden. Hohe Regierungsbeamte rechnen bei den gespannten französisch-amerikanischen Handelsbeziehungen mit der Möglichkeit eines Handelskrieges. Das Staatsdepartement stellt eine Liste von 150 amerikanischen Warenkategorien zusammen, auf denen französische Sonderzölle liegen. Die amerikanische Regierung will die Antworten auf die Noten abwarten, bevor Kampfmaßnahmen getroffen werden.

Eine vielbeachtete Rede über die Streichung der Kriegsschulden wurde vom Vorsitzenden des Auswärtigen Senatsausschusses, Senator Borah, vor dem Plenum gehalten. Ein Hinweis auf das neue englische Budget, das keine Vorsehrungen für Kriegsschuldentilgungen enthält, veranlaßte den Senator, einen heftigen Vorstoß gegen das Prinzip der Kriegsschuldentilgung zu machen.

Borah erklärte, daß bis zu dem Zeitpunkt, wo die Friedensverträge nicht einer Revision unterzogen worden sind und man die Rüstungen herabgesetzt hat, eine Diskussion über Schuldentilgung ein zweifacher Zeitvertrieb sei. Denn, so behauptete Borah, eine wirtschaftliche Erholung Europas sei unter den herrschenden Zuständen mit oder ohne Kriegsschuldentilgungen unmöglich. Sollte jedoch ein Programm angegriffen werden, das dem amerikanischen Steuerzahler einen Grund gibt, bessere Verhältnisse zu erwarten und eine Erweiterung der Märkte und eine damit verbundene Wirtschaftsbesserung verspricht, so würde derselbe Steuerzahler solchen europäischen Vorschlägen ein größeres Wohlwollen entgegenbringen. Bis jetzt, so betonte Borah, habe man aber immer Pläne angegriffen, die den Zweck hatten, die Lasten des Krieges auf die Schultern des amerikanischen Steuerzahlers abzumwälzen.

Der Zwiespalt im englischen Kabinett

London, 20. April. Die Stanley Samuel-Liberalen haben heute beschlossen, die neuen Tarifvorschläge der Regierung in allen Stadien zu bekämpfen. Der Zwiespalt innerhalb des Kabinetts über die Zollpolitik der Regierung wird diesmal erneut in den Vordergrund treten.

Die Budgetdebatte im englischen Unterhaus

In der Debatte über den Haushaltsplan wandte sich der Redner der Arbeiteropposition, Major Atlee, dagegen, daß der Staatshaushalt keine Vorsehrungen für die englischen Schuldentilgungen an Amerika treffe. Bereits liegt eine Mahnung aus Amerika vor, daß für irgendwelche Erleichterungen in dieser Hinsicht nicht die geringste Aussicht bestehe; man habe dieser Situation überhaupt nicht Rechnung getragen. Atlee setzte sich dringend dafür ein, daß die Frage der gesamten Kosten der Schuldentilgungen, die 8,2 Prozent des nationalen Einkommens ausmachen, so bald als möglich in Angriff genommen werde und befürwortete die Nationalisierung der Bank von England.

Im weiteren Verlauf der Unterhausdebatte über das Budget erklärte der konservative Smithers, die Kriegsschulden und die Reparationen müßten zum Wohle der ganzen Welt gestrichen werden oder es müßten wenigstens die Forderungen an Deutschland auf ein für Deutschland erträgliches Maß, das Deutschland nicht völlig lahmlegen, vermindert werden. Das Vorhandensein eines 60-Millionen-Volkes in Mitteleuropa könne nicht außer Acht gelassen werden. Der Vertrag sollte nach der deutschen Zahlungsfähigkeit geregelt werden. Smithers schloß, England habe das Recht auf die Führung in Lausanne und es wolle gegenüber der Welt eine großzügige Geste machen.

Frankreich fordert Internationalisierung der Zivilluftfahrt

Genf, 19. April. Die in den französischen Vorschlägen vom 5. Februar angeregte Internationalisierung der Zivilluftfahrt als Ergänzung jeder Abrüstungsmaßnahme wird in einer Denkschrift, die die französische Delegation dieser Tage der Abrüstungskonferenz unterbreitet hat, ausführlich erläutert. Die Denkschrift erklärt, daß die Internationalisierung der Verkehrsluftfahrt, die die wesentlichen Souveränitätsrechte der Staaten nicht berührt, allein ein wirkliches Hindernis für die Verwendung dieser Luftfahrt zu militärischen Zwecken beseitigen könne, ohne ihre Entwicklung oder ihren technischen Fortschritt zu hemmen.

Die Denkschrift schlägt eine Internationalisierung in der Weise vor, daß Luftfahrzeuge von einer noch zu bestimmenden Leistungsfähigkeit an in den ausschließlichen Besitz von internationalen Organen übergeben, die beispielsweise die Bezeichnung „Internationale Luftverkehrsvereinigung“ führen könnten. Diese Organe wären für alle allgemeinen oder wirtschaftlichen Fragen des Luftverkehrs zuständig, während der Betrieb der Strecken internationalen Betriebsgemeinschaften zu übertragen wäre.

Die sonst sehr ausführliche Denkschrift enthält keine Vorschläge darüber, wie etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen der Vereinigung und einem oder mehreren interessierten Staaten geregelt werden sollen, obwohl die verschiedenen Verpflichtungen über die Beobachtung der Grundregeln der Wirtschaftlichkeit, über weitestgehende Erleichterung des Ueberfliegens staatlichen Gebietes und schließlich über die Tragung von Betriebsverlusten auf den ersten Blick eine unübersehbare Reihe von Reibungsflächen darzustellen scheinen.



Jahre alten Söhne während des Schlafes in den Betten durch Artillerie zu töten versucht. Alle drei trugen schwere Verletzungen davon. Der Täter, der ein gleichgültiges Wesen zur Schau trug, wurde verhaftet.

Vernambuco, 20. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erschien 15.30 Uhr Ortszeit über der Stadt und landete glatt um 16.30 Uhr.

Handgranate in Kinderhänden

München, 20. April. Auf einer Spielwiese in München fanden zwei Knaben eine Handgranate. Da sie die Gefährlichkeit nicht kannten, spielten sie mit der Granate und warfen sie sich gegenseitig zu, bis die Granate explodierte. Die Wirkung war furchterlich. Einer der Knaben, 7 Jahre alt, erlitt schwere Verletzungen am linken Arm und an der Brust, und sein Spielkamerad, 8 Jahre alt, blieb mit mehreren Verletzungen und einer Verletzung an der Hand liegen. Die schwerverletzten Kinder wurden ins Krankenhaus gebracht. Wie die Granate auf die Wiese gekommen ist, muß erst geklärt werden.

In Hürtz bei Rieneberg kam ein 14 Jahre alter Schüler mit einem geladenen Armeerevolver in die Wohnung des 15 Jahre alten Freundes und spielte mit der Schusswaffe. Wütend ging ein Schuß los und drang dem Freund in den Unterleib. Nach kurzer Zeit war der 15 Jahre alte Freund verchieden.

Neber 900 Gläubiger geschädigt

Die Zahlungseinstellung einer Münchener Bauernoffenschaft

München, 20. April. Im November vorigen Jahres mußte die Münchener Bauernoffenschaft Ludwigsvorstadt G. m. b. H. ihre Zahlungen einstellen. Das gerichtliche Vergleichsverfahren wurde eröffnet. Nun fand der Vergleichstermin statt, zu dem an die 400 Gläubiger — in Wirklichkeit sind es über 900 — meist Leute aus dem Mittelstande und kleine Sparere, erschienen waren. Die Verhandlungen zogen sich von früh 9 Uhr bis zur Mitternachtsstunde hin.

Der Vertrauensmann, Geh. Justizrat Dr. Mayer, erläuterte die Vermögensverhältnisse und machte den Vergleichsvorschlag auf 30 Prozent der Forderungen der Gläubiger, die in der Zeit von 1922 bis 1926 abgetragen werden sollen. Zur Durchführung des Vergleichs gewähren der bayerische Staat und die Stadt München ein Nachtragdarlehen von je 50000 Mark. Die Zinsen werden zum Teil niedergeschlagen zum Teil gestundet. Auch die übrigen Hypothekengläubiger, meist Banken und die Deutsche Reichsbank, bewilligen die Aussetzung der Tilgung bis 1926. Dr. Mayer empfahl die Annahme des Vergleichs. Von der Versammlung wurde aber noch ein Antrag eingebracht, der Vorstand der Genossenschaft solle den Offenbarungseid leisten.

Nach zeitweiliger Prüfung der Forderungen der über 900 Gläubiger der Gesamtaufnahme des Vermögens und der Verbindlichkeiten leisteten die beiden Vorstände abends 10 Uhr den Offenbarungseid. Der Vergleichsvorschlag fand dann die Zustimmung. Die genaue Zahlung der Stimmen wird vom Konkursgericht vorgenommen, doch dürfte die Mehrheit für den Vergleich sein.

Feuergefechte in Hindenburg zwischen Polizei und Kommunisten

Hindenburg, 20. April. Die Polizeiprefektur teilt mit: Am Mittwoch gegen 1.30 Uhr schritt eine Polizeistreife auf der Broja-Strasse gegen fünf Personen ein, die ruhelösenden Lärm verursacht hatten. Bei der Feststellung ihrer Personellen leisteten die Leute Widerstand, so daß die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte. Die Täter flüchteten und stiegen an der Ecke der Rheinbabenstrasse auf etwa 30-40 Personen, mit denen sie sich vereinten. Aus der Menge kamen Rufe: „Los gegen die Polizei!“ Darauf fielen 2 bis 3 Schüsse, die von den Beamten erwidert wurden. Jetzt stieß die Menge gegen die nur aus zwei Mann bestehende Polizeistreife vor, die sich in den Hof der Grube Drield zurückziehen mußte. Unter Führung des Monteurs Lachette wurde der Grubenhof besetzt. Es kostete ein Steinwurf gegen die Beamten ein, so daß der größte Teil der Feuerschreiber der Grubenhofgebäude zertrümmert wurde. Es kam zu einer Schießerei, bei der von den Angreifern etwa 25 bis 30 Schüsse abgegeben wurden.

Als die Beamten und der Grubenwächter ihre Munition erschossen hatten, traf das Heberfallkommando ein. Die Menge flüchtete nach dem Bahnhof Boremba, wo sie einen Eisenbahnwaggon mit Heu und Stroh anzündete. Während des Brandes gelang es den Beamten, 3 Leute, unter ihnen den Führer Lachetta, festzunehmen. Alle 3 Verhafteten sind Kommunisten. Die Angreifer hatten einen Verletzten, den sie auf der Straße mitnahmen. Lachetta war bereits vor diesen Ausschreitungen mit mehreren Leuten in eine Gastwirtschaft eingebrochen und hatte dort eine Dohrheitsgesellschaft gegründet.

Aktion der Reichsregierung zur Erleichterung der Hühnerhaltung

Berlin, 19. April. Die deutsche Hühnerhaltung entbehrt zurzeit noch des notwendigen handelspolitischen Schutzes. Um vorerst bis zur endgültigen Regelung dieser Frage von der Futterseite her die Lage der Hühnerhaltung zu erleichtern, hat die Reichsregierung eine großzügige Aktion eingeleitet, die den deutschen Hühnerhalter in die Lage versetzt, am Eiermarkt der ausländischen Konkurrenz auf der Grundlage des Bezuges von Futterweizen zu begegnen, der zollfrei eingeführt wird. Demnach steht der Futterweizen den Hühnerhaltern zum Weltmarktpreis, der gegenwärtig ca. 100 RM. je Tonne beträgt, zusätzlich der normalen Handelszuschläge zur Verfügung. Zunächst soll jeder Hühnerhalter auf Antrag für jedes bei der amtlichen Viehzählung am 1. Dezember 1931 angemeldete Huhn (einschl. Dähne und Jungvögel) 2 1/2 Kilogramm zollfrei eingeführten esomierten Weizens erhalten.

Anträge auf Zuteilung von zollfreiem Weizen sind an die Gemeindebehörden zu richten, die Bezugscheine zum Bezug des Weizens ausstellen. Der Bezug des Weizens auf diese Bezugscheine erfolgt durch den Getreidehandel und die Genossenschaften. Diese werden ihrerseits im gewohnten Geschäftsverkehr den Weizen von den Importeuren beziehen. Die Importeure wiederum werden auf Antrag vom Reichsminister der Finanzen auf Grund besonderer zollrechtlicher Verpflichtungen Erlaubnisscheine für die zollfreie Einfuhr des Weizens erhalten. Hierzu müssen sie der Zollabfertigungsstelle den Nachweis erbringen, daß sie im Besitze einer entsprechenden Menge von Weizenbezugscheinen sind, und eine Bestätigung der Reichsmassstäbe-Verdachtsabteilung G. m. b. H. darüber vorlegen, in der die Richtigkeit der Weizenbezugscheine bestätigt wird. Daraus ergibt sich, daß der Hühnerweizen weder zentral eingeführt noch zentral verteilt wird, sondern daß, wenn man von den notwendigen Sicherungsmaßnahmen für die ordnungsmäßige Zuführung des Weizens an die bezugsberechtigten Hühnerhalter absieht, die ganze Aktion sich im freien Verkehr vollzieht. Dazu gehört insbesondere auch, daß sich die Preisbildung für den Hühnerweizen nach den Grundsätzen des freien Marktverkehrs richten wird.

Der Weizen muß gemäß besonderen zollrechtlichen Vorschriften vom Importeur unmittelbar oder durch Vermittlung etwa notwendiger Zwischenstellen (Handel oder Genossenschaften) zum bezugsberechtigten Hühnerhalter gehen. Ein Handel mit Scheinen ist unzulässig. Die Hühnerhalter dürfen den Weizen, den sie auf Bezugscheine bezogen haben, auch nicht wieder in den Verkehr bringen.

Die Reichsmassstäbe ist, unbeschadet der zollrechtlichen Sicherungen, zur vorfristmäßigen Abwicklung der Hühnerweizen-Aktion, beauftragt, die allgemeine Kontrolle durchzuführen. Die Landesbehörden haben sich ebenfalls in den Dienst der Sache gestellt und werden auch ihrerseits dafür Sorge tragen, daß schon bei Ausstellung der Weizenbezugscheine von Seiten der Gemeindebehörden alle Vorschriften beachtet werden.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Versorgungslage mit Getreide und den Verlauf der Märkte ist es ausgeschlossen, daß die Hühnerweizen-Aktion die Verwertung der noch im Besitz der deutschen Landwirtschaft befindlichen Getreidebestände beeinträchtigt. Insbesondere wird durch die unter Zollaufsicht bei der Einfuhr vorgenommene Esomierung des Hühnerweizens eine Beeinträchtigung der Brotgetreide-Märkte so gut wie unmöglich gemacht.

Die Entscheidung der Frage, wie nach Ablauf dieser Hühnerweizen-Aktion den Hühnerhaltern weiterhin geholfen werden kann, wird inzwischen vorbereitet werden.

Die Untersuchung der Kreuzer-Angelegenheit

Stockholm, 19. April. Der Vorsitzende der Kreuzer-Kommission, Generaldirektor Rothin erklärte heute der Schwedischen Telegrammagentur, alles deutete darauf hin, daß die Aufgabe der Kommission viel größer und verwickelter sei als man anfangs angenommen habe. Er könne noch nicht sagen, wenn die Untersuchung abgeschlossen sein werde. Eine vorläufige Prüfung habe gezeigt, daß die wirtschaftliche Lage von zwei der bedeutendsten Tochterunternehmen, Svenska Industri Aktieförbundet und L. M. Ericsson eine Fortsetzung der Tätigkeit bei Entgegenkommen der Gläubiger zulasse. Generaldirektor Rothin erklärte schließlich, daß die Unregelmäßigkeiten bei der Kreuzer & Toll A.B. 1925 angefangen hätten. Ob Unregelmäßigkeiten schon früher vorgekommen seien, könne er nicht sagen. Neues Material für die Untersuchungen der Polizei liege bei der Untersuchungskommission noch nicht vor.

Hinweise

Neuenbürg, 21. April. Wie aus dem Inserat ersichtlich, gibt Familie Traber-Knie mit ihren „Matrosenspielen“ auf dem Turnplatz am Freitag, den 22. April, abends 8 Uhr, ihre erste Vorstellung. Damit keine Verwechslung stattfindet mit anderweitigen schon hier gewesenen Unternehmungen, fühle ich mich gezwungen, dem titl. Publikum von Neuenbürg und Umgebung klar zu legen, daß es sich bei meinem Unternehmen um eines der ersten in Tat und Sach handelt, das nur allererste Künstlerinnen und Künstler aufweist, welche sich schon in den größten Städten aller Länder mit den besten Erfolgen produziert haben. Traber-Knie.

Eintägige Ausstellung. Morgen findet im Gasthaus zum „Bären“ in Neuenbürg eine kleine Spezialausstellung statt, die in der Hauptsache das Interesse der Frauen und jungen Mädchen finden wird. Es werden Nähmaschinen in den neuesten Ausführungen gezeigt; vor allem aber alle Arbeiten, die heute auf der Nähmaschine herzustellen sind. Mit der Ausstellung verbunden ist eine reichhaltige Stickererei, wo neben gewöhnlichen Näharbeiten fast alle Arten Stickerereien zu sehen sind, wie: Wolle, Bast, Kelima, Weiß- und Buntdruckerei und vieles mehr. Besonders zu beachten ist, daß mit der Ausstellung praktische Vorführungen verbunden sind. Eine geübte Unterrichtlerin führt sämtliche Näh- und Stickerarbeiten vor, z. B. auch Wäsche- und Strümpfstickerei. Damit wird allen Frauen sicher ein besonderer Gewinn erwiesen, gibt ihnen die praktische Vorführung doch die Möglichkeit, die verschiedenen Arbeiten kostenlos kennen zu lernen. Die Ausstellung ist nur morgen — Freitag — durchgehend von 14-20 Uhr geöffnet und für jeden unentgeltlich zugänglich. Der Besuch wird bestens empfohlen.

Volksrechtlich zur Rettung Deutschlands. Was wird aus der Bewegung? Unter diesem Thema veranaltet die Volksrechtspartei am kommenden Freitag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Hotel „Waldborn“ Herrschafts eine öffentliche Versammlung, in welcher Oberbürgermeister a. D. Siegrist-Karlsruhe sprechen wird. Der Redner wendet sich an alle Volkstreu, ohne Unterschied der Parteien oder Berufsgruppen. Er fordert eine Volkspolitik im umfassenden Sinne, hat der auf die Seite getriebenen Parteipolitik, der Politik der Sonderinteressen und der rechtsverrückten Rotverordnungsrepublik. Er wird sich nicht damit begnügen, die Ursachen des offensichtlichen wirtschaftlichen und politischen Bankrotts schonungslos aufzudecken, sondern sich bemühen, auch den Weg zur Rettung zu zeigen.

Geschäftliches

Die klugen Dänen. Es spricht für den klugen Sparfahrsinn der Dänen, daß sie fast dreimal so viel Margarine verbrauchen wie die Deutschen. 17 1/2 Pfund Margarine pro Kopf und Jahr verbraucht Deutschland, 49 1/2 Pfund Margarine verbrauchen die reichen Dänen. — Hören Sie im Radio die klugen Hausfrauen Sonne und Ella! Sie werden Ihnen beraten, welche Vorteile es hat, Sanella-Margarine zu verwenden; als Brotzusatz, zum Warten und Waschen, zum Kochen. Die moderne Hausfrau macht sich den Fortschritt zunutze. Sie nützt dem Haushalt, wenn sie immer Sanella verwendet.

Herrnalt.
Einladung.
Morgen Freitag abend 7 1/2 Uhr spricht im „Hotel Waldborn“ Herr Oberbürgermeister i. R. Siegrist-Karlsruhe über das Thema:

„Für Wahrheit und Recht, gegen Lüge und Willkür.“
Versäume niemand, diesen hochinteressanten Vortrag zu besuchen. Jedermann herzlich willkommen.
Volksrecht-Partei.

N. G. D. A. B.
Ortsgruppe Birkenfeld.

Morgen Freitag, 22. ds. Mts., abends 8.30 Uhr, im Gasthaus zum „Löwen“

öffentl. Wähler-Versammlung.
Redner: Pg. Pfarrer Schäffer aus Höfen a. Erz.
Thema:
„Die Parteien und die Landtagswahlen.“
Eintritt 20 Pfg. Erwerbslose frei.

Nur 3 Tage! Achtung! Nur 3 Tage!
Auf dem Turnplatz in Neuenbürg sind die
Deutschen Matrosenspiele
Familien Traber-Knie
eingetroffen und geben am Freitag abend 8 Uhr die
Eröffnungsvorstellung.
Jeden Abend großes Feuerwerk.
Alles weitere ist aus den Plakaten ersichtlich.
Es laßt höflichst ein: **Die Direktion.**

Neuenbürg, 20. April 1932.
Höglsweg
Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Vater, Groß- und Schwiegervater
Christian Zimbeiner,
früherer Sensenschmied,
heute vormittag im 74. Lebensjahr sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Freitag nachmittag 1/2 4 Uhr.

Neues von der Nähmaschine
Einmalige
Ausstellung
hochinteressanter Neuheiten in Stickereien und Näharbeiten, Wolle, Bast, Kelima, mit praktischen
Vorführungen
auch im Wäsche- und Strümpfstopfen auf der Nähmaschine
am 22. April 1932, durchgehend von 14-20 Uhr
im Gasthof zum „Bären“ in Neuenbürg.
Eintritt frei!
Singer Nähmaschinen Aktiengesellschaft
Vertreter: Eugen Wieland, Neuenbürg.

Zwangs-Versteigerung.
Es wird öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Freitag den 22. April, 10 Uhr, in Schwann:
1 Ofen.
Zusammenkunft am Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle.
Birkenfeld.
Ein **Düferschwein,**
unt. zwei die Wahl, u. 10 Stück **jährige Hühner**
zu verkaufen.
Hauptstraße 85.

„Der Enztäler“
darf als Heimatblatt in keiner Familie fehlen
Neue Mäntel
in denkbar großer Auswahl für jede Figur vorrätig
Engl. Mantel 9.50 von Mk.
Schwarze Mäntel 16.00 von Mk.
Krüger & Wolf
Florzheim
Das große Spezialhaus für Damenkonfektion

Hochzeits-Karten
liefert schnellstens **C. Mech'sche Buchdruckerei**